

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden, Aden & Comp., Nr. 1208.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden undächs. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Kreisstadt und Dresden-Altsadt

Abonnementpreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit“ und „Wolk und Zeit“ in der 4. Woche vom 19. bis 26. Januar 70 Goldmark. Einzelnummer 15 Goldpfennig.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet. Grundpreise: die 20 mm breite Nonpareilzeile 20 Pf., die 30 mm breite Kellamezeile 150 Pf., für auswärtige Anzeigen 15 und 200 Pf. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefunterlegung 10 Pf.

Nr. 17

Dresden, Montag den 21. Januar 1924

35. Jahrg.

Bis zum 1. März . . .

Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst glaubt als Folge des Offenen Briefes, den der frühere Reichsminister Dr. Birly an seine Zentrumsparthei richtete, innerhalb der Zentrumsparthei und im Zentrum ein Erstarren des Widerstandswillens gegen die Reaktion feststellen zu können; der S. P. D. schreibt dann weiter:

Der Wille zum Handeln gegen die Reaktion, gegen die bisher ausschließlich die Arbeiterschaft den Kampf führte, hat eine gewisse Förderung durch die letzte Sitzung der deutschnationalen Reichstagsfraktion erfahren. Sie führte bekanntlich zu dem Beschluss, von der Reichsregierung die Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes zu verlangen und ab damit vor aller Öffentlichkeit zu erkennen, wenn der Ausnahmezustand nicht Selbstrecht der Reichsregierung innerhalb der Reichsregierung ist durch den deutschnationalen Fraktionsbeschluss festgelegt worden. Endlich leuchtet auch ihnen ein, daß der Ausnahmezustand nicht länger aufrechterhalten werden kann, weil er sich in seiner Auswirkung gegen die Politik der Regierung und deren Parteien richtet. Die Hoffnungen, die diese Tatsache erzeugt hat, führten innerhalb des Kabinetts bereits zu dem Ergebnis, daß der Ausnahmezustand bis zum 1. März abgebaut werden soll. Vorläufig wird diese Absicht noch sehr geheim gehalten, weil die Herren, in deren Hand es liegt, der Militärbefehl ein Ende zu machen, scheinbar Furcht vor der deutschnationalen Agitation haben, die darauf beruhen könnte, daß der Bericht auf den Ausnahmezustand eine Kapitulation vor der Sozialdemokratie bedeuten würde.

Aber angenommen, daß die Furcht vor der deutschnationalen Agitation nicht das ausschlaggebende Argument bei der Festsetzung des Termins zur Aufhebung des Ausnahmezustandes bildete, so bleibt die Absicht, der Militärbefehl erst in fünf Wochen ein Ende zu machen, doch ein Wagnis und u. E. auch ein Zeichen von mangelndem Bekanntheitsbewußtsein in den eigentlichen verantwortlichen Kreisen. Nachdem die Regierung den Termin einmal festsetzt, hat sie in gewissem Sinne die abzuwartenden Verhandlungen der Sozialdemokratie bestätigt, daß der Ausnahmezustand nicht mehr begründet ist. Zugleich wäre es ihre Pflicht gewesen, schon aus politischen, wirtschaftlichen und psychologischen Gründen das Ausnahmeverbot sofort abzubauen. Wenn nun die Regierung heute schon weiß, daß in fünf Wochen die Möglichkeit besteht, einem Zustande, der den deutschen Staatsbürgern eine unterschiedliche Behandlung zuteil werden ließ, zu

beenden, dann ist das doch ganz bestimmt viel eher sofort möglich. Nach dem „Einverständnis“, das zwischen Herrn Marx und dem bayerischen Ministerpräsidenten Knilling in Homburg erzielt wurde, und dem Ausgang der Kabinettsitzung in Sachsen sollte man das erst recht annehmen. Oder seit wann befindet sich ein Vorgesetzter in amtlichen Diensten, der der Regierung mitteilt, daß in den nächsten fünf Wochen noch ein Ereignis konstatieren geht, für dessen Erledigung die Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes nötig erscheint, und daß sich nach dieser Zeit wieder alles in Ruhe und Ordnung vollzieht?

Jedenfalls ist vorläufig für uns das Wichtigste, daß die Regierung mit ihrer Absicht, bis zum 1. März den Ausnahmezustand aufzuheben, ein Geständnis für die Heberflüssigkeit der bestehenden Militärbefehlsgewalt abgelegt hat. Gerade deshalb haben wir allen Anlaß, mit noch mehr Entschiedenheit als bisher gegen einen Zustand, der für große Bevölkerungsschichten nichts anderes als Rechtslosigkeit bedeutet, anzukämpfen und gemeinsam mit den Kräften aus dem anderen Lager, sofern sie bereit sind, gegen die soziale und politische Reaktion den Kampf zu führen, zu marschieren.

Gegen den Ausnahmezustand

Die Deutsche Demokratische Partei, Ortsgruppe Berlin-Mitte, faßte in ihrer Generalversammlung nach einem Referat des Reichstagsabgeordneten Dr. Fischer über die politische Lage die folgende Entschließung: „Die Generalversammlung fordert die demokratischen Vertreter im Reich und in den Ländern auf, wie bisher jeden Versuch einer reaktionären Sammelaktion mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen und den Zusammenstoß aller verfassungstreuen Parteien als Pflicht im Auge zu behalten. Sie begrüßt auch die Grundzüge des Programms entschiedener demokratisch-republikanischer Politik, die der frühere Reichsminister Dr. Birly in seinem bekannten Brief angesetzt hat. Sie ersucht die deutschnationale Reichstagsfraktion, die sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes zu verlangen, dessen sachliche Voraussetzungen nicht mehr gegeben sind, und der zu einer unerträglichen Beschränkung des öffentlichen und des Rechtslebens sowie der staatsbürgerlichen Freiheit führt.“

Die Aussagen Thormanns sehr bald durch die Vernehmungen Dr. G., der ebenfalls im reiferen Alter steht, nachgeprüft und ergänzt werden können.

Weißblaue Wahlvorbereitungen

München, 19. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Wie verlautet, hat der bürgerliche Block in München bereits die Kandidaten für die Landtagswahl im Kreise Oberbayern aufgestellt. An der Spitze marschieren die beiden früheren deutschnationalen Abgeordneten des Landtags, Glaser und Dr. Roth, als dritter Treuberg, dann der bekannte Dr. Budimann, der frühere Ablass von Pflaumberg, und am fünften Stelle kommt der frühere Polizeipräsident und jetzige Oberlandesgerichtsrat Poehner. Zum erstenmal seit dem 8. November besuchte Ludendorff am Freitag abend eine öffentliche Versammlung, und zwar die Reichsgründungsfeier des deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, der vollkommen im bürgerlichen Fahrwasser segelt und der General als den einzig berechtigten Führer des deutschen Volkes feierte. Ludendorff selbst dankte in einer Ansprache, die durch Zurückhaltung auffiel, für das ihm entgegengebrachte Vertrauen. Er erklärte, man solle nicht zu Großem von einem Führer hoffen, der nur dann als solcher wirken könne, wenn er eine verantwortungsvolle, willensstarke Gefolgschaft hinter sich habe.

Die eigentliche Partei Hillers, die Nationalsozialistische, ist nach außen hin nach wie vor antiparlamentarisch eingestellt, sie wird also bei den kommenden Wahlen als solche nicht in die Erscheinung treten. Um so eifriger bemühen sich die Hillers aber, ihren Einfluß im Parlament zur Geltung zu bringen, indem sie und ihre Kampforganisationen gemeinsam mit allen Bänden und Gruppen der nationalsozialistischen Bewegung in allen acht bayerischen Landtagswahlkreisen sogenannte bürgerlich-soziale Blöcke aufmachen, die ihre eigenen Kandidatenlisten aufstellen. Solche Blöcke wurden bereits gebildet in Oberbayern (München), Schwaben (Augsburg) und Mittelfranken (Nürnberg). Die Nationalsozialisten werden also genau wie die von der äußersten Linken im Wahlkampf Gift und Galle auf das Parlament spudnen, gleichzeitig aber alle erdenklichen Anstrengungen machen, um einen möglichst großen Einfluß im Parlament selbst zu gewinnen.

Ruhes Ende?

München, 19. Januar. (Eig. Draht.) Das Regime des Generalstaatskommissars in Bayern neigt sich scheinbar dem Ende zu. Die bayerische Regierung beabsichtigt, dem Landtag bereits in den allerersten Tagen entsprechend dem Wunsch des ständigen Ausschusses eine Verordnung zur Sicherung der Wahlfreiheit vorzulegen. Nach dieser Verordnung soll der Generalstaatskommissar für die Wahlzeit seine Hauptbefugnisse an das Gesamtministerium zurückgeben. Diese Maßgabe dürfte ein dauernder Zustand werden, der wiederum mit der Auflösung des Generalstaatskommissariats enden wird. Der Siegeszug, den Herr v. Rahr als im September vorigen Jahres über das ganze Reich antrat, endet mit seiner eigenen Niederlage infolge eigener Unfähigkeit.

Russische Krisen

Ueber die Sowjetrepublik ist seit dem September eine schwere Wirtschaftskrise hereinbrochen. Die Industrie vermag ihre Waren nicht abzusetzen, sie ist gezwungen, zur Kurzarbeit überzugehen oder Arbeiter zu entlassen. Am 22. November hat die sowjetamtliche „Ekonomscheskaja Schiza“ die Zahl der Arbeitslosen in der Sowjetrepublik auf eine Million geschätzt. Die Massenarbeitslosigkeit hat zu stürmischen Demonstrationen der Arbeitslosen geführt, die Ende November in Charkow begannen und sich im Dezember in anderen Städten wiederholten. Zugleich setzte eine Reihe von Streiks ein; sie begannen schon Anfang November in den staatlichen Kohlenbergwerken der Sowjetregierung in Alexandrowsk-Gruschkow und erlangten im Dezember größere Ausdehnung.

Diese Wirtschaftskrise und die stürmische Aushungerung der Unzufriedenheit der Volksmasse, die Arbeitslosigkeit und Lohndruck hervorriefen, hat eine Stimmung wachsenden Unbehagens auch in den Reihen der herrschenden Partei hervorgerufen. Dieses Unbehagen drückt sich in sehr heftigen Streitigkeiten in den Reihen der Volkswirtschaft aus. Die Wirtschaftskrise hat so eine politische Krise der russischen kommunistischen Partei herbeigeführt.

Will man diese Streitigkeiten verstehen, so muß man sich das Wesen der russischen kommunistischen Partei vergegenwärtigen. Sie ist nicht eine Arbeiterpartei, wie es die europäischen Arbeiterparteien sind, also eine Partei, die die ganze Arbeiterklasse in ihren Reihen zu vereinen versucht, sondern eine enge Gemeinschaft sorgfältig ausgesuchter Gesinnungsgenossen, die zwar für sich das Recht beansprucht, im Namen der ganzen Arbeiterklasse zu sprechen, und für sich das Recht einflußt, die Massen der „parteilosen“ Arbeiter zu beeinflussen und zu führen, die aber keineswegs diese Massen in ihre Reihen aufzunehmen wünscht. Die russische kommunistische Partei hat vor zwei Jahren im ganzen großen Rußland nur 750 000 Mitglieder gehabt; sie hat seit ihrer Mitgliedschaft durch wiederholte „Reinigung“, das heißt Ausschließung der ihrer Gesinnung oder ihrem Charakter nach nicht ganz Verlässlichen, auf 350 000 heruntergebracht. Und diese 350 000 Menschen regieren jetzt das ganze ungeheure Reich von Sibirien bis Madagaskar; 200 000 von ihnen bilden als Beamte, Offiziere, Leiter der staatlichen Wirtschaftsbetriebe den Staatsapparat der Sowjetrepublik. Die russische kommunistische Partei ist so zu einer regierenden Kaste geworden, die den Staatsapparat ebenso monopolisiert und den Zugang in ihren Reihen ebenso ängstlich beschränkt, wie es die aristokratisch regierenden Kasten der Vergangenheit getan haben. Und diese regierende Kaste wird nun von einer Stelle aus, von dem allmächtigen Zentralkomitee der Partei, beherrscht, das jedes Mitglied zu jeder beliebigen Arbeit schiden, jedem Parteimitglied die Ueberredung in jeden beliebigen Ort auftragen kann.

In diese Organisation hat nun die seit 1921 eingeleitete „Reinigung“ („neue ökonomische Politik“), das heißt der Aufbau einer kapitalistischen Wirtschaft in Rußland, Keime der Zersetzung getragen. Ein großer Teil der Parteimitglieder besteht ja aus den führenden Beamten der staatlichen Wirtschaftsbetriebe, die jetzt wieder nach rein kapitalistischen Grundregeln betrieben werden. Diese Wirtschaftsbürokratie der Sowjetrepublik, mit rein kapitalistischer Unternehmerarbeit beschäftigt, entfremdet sich immer mehr denjenigen Kommunisten, die die überlieferten revolutionären und sozialistischen Traditionen der Partei festhalten suchen. Diese werden der Wirtschaftsbürokratie ihre „Extravaganzen“, das heißt ihre luxuriöse Lebensweise vor; sie beschuldigen die Wirtschaftsbürokratie, daß sie auch geistig immer mehr unter den Einfluß der „Reinigung“ gerate, daß ihr die „Perspektive des sozialistischen Aufbaues verloren geht“. Sabranow, einer der Führer der Opposition, die sich im Schoße der kommunistischen Partei gebildet hat, warnt vor der „sozialen Umgestaltung des Apparats“, die dadurch entsteht, daß die wirkliche Herrschaft über den Staatsapparat immer mehr in die Hände einer kapitalistisch lebenden und denkenden Schicht gerate; und Adreitschik spricht die Befürchtung aus, daß uns der proletarische Inhalt unserer Diktatur nicht ebenso entgleite wie unser Handel aus den Händen des Staates in die der „Reinigung“ entgleite.

Die Opposition glaubt nun, diese gefährlichen Tendenzen innerhalb der Partei könnten nur dadurch wirksam bekämpft werden, daß stärkerer Zugang von Arbeitern in die Partei ermöglicht, daß innerhalb der Partei vollständige Freiheit der Kritik und des Kampfes gegen ihre kapitalistische Korruption gewährt, daß die Zusammensetzung des Zentralkomitees beschränkt wird. In diesem Sinne fordert die Opposition die „Demokratisierung der Partei“. Die Stimmung ist so stark, daß 225 Zentralkomitee ihr Zugeständnisse machen muß. Es hat eine Resolution ausgearbeitet, die der jetzt tagenden Parteikonferenz vorgelegt ist; in dieser Resolution wird versprochen, daß die Aufnahme bisher „parteiloser Arbeiter“ in die Partei erleichtert werden soll, daß alle wichtigen Fragen vor ihrer Entscheidung den Parteioptionen vorgelegt werden sollen, daß die lokalen Parteisekretäre nicht mehr vom Zentralkomitee ernannt, sondern von den lokalen Organisationen gewählt werden sollen. Aber das genügt der Opposition nicht. Sie verlangt für sich das Recht, eine besondere organisierte Fraktion innerhalb der Partei zu bilden,

Der Attentatsplan gegen Seefeld

Thormanns Helfer verhaftet

Die Abteilung IA des Berliner Polizeipräsidiums hat in sehr kurzer Zeit einen der Hintermänner des in Unterjohannstadt befindlichen Thormann ausfindig machen können, so daß, wie bereits kurz gemeldet, die Verhaftung des noch immer in geheimnistollen Dunkel gehaltenen „Dr. G.“ in Augsburg durch bayerische Polizeibeamte vorgenommen werden konnte. Der Festgenommen wurde durch Berliner Kriminalbeamte nach Berlin geschickt. Durch diese Verhaftung wird die Aufklärung des Attentats gegen Herrn v. Seefeld weitlich gefördert werden können. Wenn bisher noch hier und da vermutet werden konnte, daß der Attentatsplan einer engeren Grundlage entbehrte, so sind jetzt Ermittlungen vorgenommen worden, die ganz im Gegenteil vermuten lassen, daß die Verhaftung des Oberbefehlshabers im vollen Ernst geplant und von langer Hand vorbereitet worden ist.

Wie jetzt feststeht, ist Thormann zusammen mit „Dr. G.“ nach Berlin gekommen. Dr. G. gehört der Organisation C (Zwing) an und ist als Verpflegungsoffizier der Ehrhardt-Gruppe tätig gewesen. Es fanden sich bei ihm noch Briefe der Ehrhardt-Gruppe an Landwirte um Lebensmittel und Unterstüßungen aus dem Dezember vorigen Jahres. Die weitestgehende Untersuchung dürfte wahrscheinlich über die Zusammenhänge und die Hintermänner dieser Verbrechen interessante Aufschlüsse geben.

Es ist nicht jedoch jetzt, daß dieser „Dr. G.“, der in Berlin über ihm nachstehende Helfer verfügen muß, seinerseits Thormann vorgeschoben hat, um sich dann im Dunkel zu halten. Er hat an den Versprechungen, die zwischen dem zum Attentat scheinbar bereiten angehenden D. und Thormann festgefunden haben, nur ein einzigesmal teilgenommen und sich dabei wiederum eines Scheinbenedict bedient, indem er sich als ein Dr. A. vorstellte. Er hat aber durch sein ganzes Verhalten dabei zu erkennen, daß er bei dieser Angelegenheit unbedingt im Hintergrund zu bleiben wünschte. In diesem Zusammenhang muß entgegen anders lautenden Darstellungen darauf hingewiesen werden, daß Thormann und „Dr. G.“

mit dem fertigen Nordplan nach Berlin gekommen

und von ihrerseits die Einzelheiten des Anschlages von Seefeld C. und G., die dann den Behörden von dem drohenden Attentat Mitteilung machten, unterbreitet haben. Wie sie selbst dabei erklärten, haben sie sich mit dem Nordplan schon seit den ersten Tagen des Jahres beschäftigt. Allein aus der Tatsache, daß sie mit den täglichen Geplagenheiten des Oberbefehlshabers so gut vertraut waren, geht hervor, daß die beiden noch irgendwelche Helfer in Berlin gehabt haben müssen. Darauf deutet auch der Umstand, daß Dr. G. von der Verhaftung Thormanns und damit der Aufdeckung des ganzen Plans durch einen unerwartet vorgefallenen Komplexen anscheinend so rechtzeitig Nachricht erhalten hat, daß die mit seiner Verhaftung betrauten Kriminalbeamten das Netz bereits leer fanden. Wie ernst es sowohl Thormann wie Dr. G. mit ihren Nordabsichten gewesen ist, beweist ferner der Umstand, daß Dr. G. zusammen mit Thormann von für die Ausführung des Attentats auszufahren Herrn G. bis zu dem Tor des Fatterfalls begleiteten, um ihn zu verhindern, etwa im letzten Augenblick anderer Gesinnung zu werden und von dem Vorhaben zurückzutreten.

Wie wir hören, versucht der in Untersuchungshaft befindliche Thormann jetzt, die Hauptschuld auf die mehrfach genannten Herren D. und G. abzuwälzen, und behauptet, daß D. ihn zu dem Plan überhaupt erst angeleitet habe. Er versucht weiterhin, dem G. die Schuld in Anspruch zu nehmen, doch dürfte durch die gerichtliche Untersuchung sehr bald festgestellt werden, ob Thormann sich im vollen Besitz seiner Geisteskräfte befindet. Im übrigen werden